

Demokratie für die 99%

Ronja Jansen

Linke tun sich oft schwer damit, konkrete politische Utopien zu formulieren. Uns haftet der Ruf der Spassbremsen an, die einfach alles verbieten wollen, aber nicht wissen, was sie langfristig möchten. Das ist bei der 99%-Initiative nicht anders: Wir sehen uns mit dem Vorwurf konfrontiert, die Schweiz einfach in ein engeres Korsett von Regeln zwingen zu wollen und aus Neid die Freiheit der Menschen einzuschränken. Das Gegenteil ist der Fall: Die 99%-Initiative soll einen Beitrag leisten für eine solidarischere und freiere Schweiz.

Dieser Text ist ein Versuch, die Initiative in eine breitere linke Zukunftsvision einzubetten und die Brücke zu schlagen zwischen einer Volksinitiative, die konkret Steuerprivilegien für die Reichsten abschaffen will und dem langfristigen Ziel linker Politik. Über dieses ominöse Ziel sprechen wir heute im politischen Alltag nur selten. Für mich bedeutet linke Politik, für ein gutes und freies Leben für alle Menschen zu kämpfen. Doch was soll das überhaupt bedeuten?

Wenn ich heute Menschen auf der Strasse fragen würde, welche Parteien für Freiheit kämpfen, würde die Antwort aus linker Sicht wohl ernüchternd ausfallen: Die SVP kämpft angeblich für die Befreiung der Schweiz vor europäischer Bevormundung und die FDP hat sich die individuelle Freiheit jeder Bürger*in auf die Fahne geschrieben. Dieses vorschnelle Urteil ist das Resultat des liberalen Freiheitsbegriffs, der sich heute fast flächendeckend durchgesetzt hat. Freiheit wird dabei auf die Abwesenheit von Regeln verkürzt und damit in ihr Gegenteil verdreht. Denn mit diesem Verständnis verkommt Freiheit zum entfesselten Recht des Stärkeren, sobald die Entscheidungen des einen die Freiheit eines anderen einzuschränken drohen.

Wirkliche Freiheit haben heute vor allem die Reichsten, denn

das Versprechen der Freiheit kann nur eingelöst werden, wenn Menschen die finanzielle und soziale Sicherheit haben, um sich wirklich nach ihren Bedürfnissen zu entfalten. Es ist ein Hohn, von freien Entscheidungen zu sprechen, wenn Menschen lediglich die Wahl haben zwischen miserablen Arbeitsbedingungen und der trostlosen Aussicht auf staatliche Hilfgelder, die oft kaum zum Leben reichen. Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze, sondern zwei Seiten derselben Medaille.

Keine Freiheit ohne radikale Demokratie

Anders als selbsternannte rechte Freiheitskämpfer*innen denkt die Linke Freiheit nicht nur im luftleeren Raum, sondern in einem gesellschaftlichen Kontext. Für uns ist klar: Die Einlösung der kollektiven Freiheit ist die radikale Demokratie. Nur in einer radikal demokratischen Gesellschaft lassen sich verschiedene Bedürfnisse zu gemeinsamen Entscheidungen zusammenführen.

In einer Demokratie müssen alle Menschen, die von einer Entscheidung betroffen sind, das Recht haben mitzubestimmen. Von diesem demokratischen Grundsatz sind wir heute weit entfernt. Wir können heute zwar über den Bau jeder Straße mitbestimmen, doch wenn es um Produktionsmethoden geht, die unsere Umwelt massiv schädigen, bleibt die demokratische Mitsprache meist aussen vor.

Dabei ist Mitbestimmung insbesondere in der Sphäre der Wirtschaft von essentieller Bedeutung. Kaum etwas beeinflusst das Leben von uns allen so stark und nachhaltig wie die Sphäre der Wirtschaft, in welcher über den Umgang mit knappen Ressourcen, Rohstoffen oder der Arbeitskraft von Menschen entschieden wird. Umso erstaunlicher scheint es, dass die Wirtschaft heute in breiten Kreisen als Universum losgelöst von der Politik betrachtet wird und deswegen auch kaum in Frage gestellt wird, dass die Demokratie vor ihren Toren halt machen muss.

Insbesondere bei Abstimmungskampagnen wird immer wieder mit spezifischen Interessen ›der Wirtschaft‹ argumen-

tiert, die in angeblichem Widerspruch zu den Interessen der restlichen Bevölkerung stehen. In Wahrheit sind damit meist die Interessen des Kapitals gemeint – also jener Menschen, die Produktionsmittel wie Maschinen, Patente oder Rohstoffe besitzen. Doch zur Wirtschaft gehören auch alle Menschen, die Arbeit leisten; folglich ist es unsinnig, »der Wirtschaft« andere Interessen zu unterstellen, als der gesamten Gesellschaft.

Genau das versuchen wir auch mit der 99%-Initiative aufzuzeigen: Wertschöpfung und Wohlstand beruhen auf Arbeit. Verweise auf die angeblichen Interessen der Wirtschaft müssen als das benannt werden, was sie wirklich sind: Versuche, die Interessen des Kapitals auf alle Wirtschaftsteilnehmer*innen zu verallgemeinern und die künstliche Trennung zwischen Wirtschaft und Politik zu legitimieren. Entgegen den Einwänden von rechts, die vor einer zu starken Einmischung des Staates in private Angelegenheiten warnen, brauchen wir für eine wirklich freiheitliche Gesellschaft eben gerade eine Auflösung der strikten Grenze zwischen der Sphäre des Privaten und der Sphäre des Politischen. Wichtiger ist vielmehr, dass alle Angelegenheiten nach denselben demokratischen Spielregeln organisiert werden.

Ob eine Leistung der privatwirtschaftlichen oder der demokratisch-politischen Sphäre zugerechnet wird, sagt noch nichts darüber aus, ob es sich dabei grundsätzlich um einen wirtschaftlichen Akt handelt. Die Wirtschaft umfasst grundsätzlich alle Einrichtungen und Handlungen, die der planvollen Befriedigung von menschlichen Bedürfnissen dienen.

Zahlreiche wirtschaftlich bedeutende Einrichtungen unterstehen schon heute der öffentlichen Kontrolle. Darunter fallen unter anderem bedeutende Teile des Bildungssystems, zahlreiche Sozialversicherungen und wissenschaftliche Institutionen. Ob ein wirtschaftliches Gut öffentlich zur Verfügung gestellt wird, ist dabei nicht nur eine Frage von Externalitäten oder der existenziellen Bedeutung einer Leistung, sondern hängt oft auch von willkürlichen Gegebenheiten ab. So wird der Wohnungsmarkt trotz seiner Wichtigkeit heute grösstenteils privatwirtschaftlich organisiert und Krankenversicherungen werden

privat angeboten, obwohl sie für alle Menschen obligatorisch sind. Zwischen Leistungen, die in der privatwirtschaftlichen und der öffentlich-politischen Sphäre erbracht werden, verläuft keine natürliche Grenze. Die Trennlinie ist menschengemacht, was sich auch darin zeigt, dass sich diese ›Grenze‹ historisch immer wieder verändert hat (wie sich das beispielsweise im Bereich der Sozialversicherungen sehr deutlich zeigt).

Trotzdem scheinen in den beiden Sphären heute komplett unterschiedliche Naturgesetze zu gelten: Die Sphäre der Politik soll demokratisch organisiert werden, während die Privatwirtschaft nach kapitalistischen Prinzipien organisiert wird. Beide Systeme zeichnen sich in ihrem Kern durch einen gegensätzlichen Umgang mit Eigentum aus: Kapitalismus bedeutet, dass knappe Produktionsmittel im Eigentum von Privatpersonen verbleiben, obwohl an diesen Ressourcen ein offensichtliches öffentliches Interesse besteht. Demokratie will das Gegenteil: Wenn ein öffentliches Interesse besteht, soll die Entscheidungsmacht auf alle Betroffenen verteilt werden, was im Kern nichts anderes als kollektives Eigentum bedeutet.

Demokratie und Kapitalismus sind also per se nicht miteinander vereinbar, sondern schliessen sich im engeren Sinne sogar aus. Auch die Behauptung, sie könnten in separaten Sphären friedlich koexistieren, geht langfristig nicht auf. Denn die Einschränkung der Demokratie in der privatwirtschaftlichen Sphäre hat auch Auswirkungen auf jene Sphären, die formal demokratisch organisiert werden.

In der Schweiz besitzt das reichste Prozent heute mehr als 40% des Gesamtvermögens.¹ Eine Studie des Hilfswerks Oxfam zeigt, dass die globale Vermögensungleichheit noch ausgeprägter ist: Im Jahr 2016 besass das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr als alle anderen Menschen zusammen.² Mit der Corona-Krise haben sich die Verhältnisse zusätzlich verschärft: Alleine die Vermögen der US-Milliardär*innen haben im Krisenjahr 2020 um fast 900 Milliarden Franken zugenommen.³ Der Hauptgrund für die massive soziale Ungleichheit ist das undemokratische kapitalistische Wirtschaftssystem. Denn Privateigentum an Produktionsmitteln bedeutet auch, dass die

Entscheidungsmacht über Gewinne alleine bei den Besitzenden liegt und den Reichsten jedes Jahr Kapitaleinkommen in Milliardenhöhe in die Taschen gespült werden.

Demokratie im Würgegriff des Kapitals

Verschärft wird die Problematik heute durch den internationalen Standortwettbewerb, der dafür sorgt, dass Staaten ihre Unternehmens- und Spitzensteuersätze, sowie ihre Wirtschaftspolitik fast gänzlich an den Interessen des reichsten Prozentes ausrichten. Im selbstzerstörerischen Wettbewerb um die lukrativsten Steuerzahler*innen versuchen sich alle das grösste Stück vom Steuerkuchen zu sichern, doch übersehen dabei, dass dieser durch die schädliche Steuerpolitik auf Minimalgrösse schrumpft. Es ist ein Spiel mit wenigen Gewinnern und unzähligen Verlierern, bei dem auch die Schweiz kräftig mitmischte: Mit ihrer Tiefsteuerstrategie und ihren Steuerschlupflöchern raubt die Schweiz anderen Ländern jährlich Steuereinnahmen von 29.2 bis 36.5 Milliarden Franken. Zum Vergleich: Mit 30 Milliarden Franken könnte man allen Betagten auf dem afrikanischen Kontinent während sechs Jahren eine existenzsichernde Rente bezahlen.⁴

Doch die Länder des globalen Südens sind nicht die einzigen Leidtragenden der fehlgeleiteten Steuerstrategie, auch die geliebte Demokratie in zahlreichen anderen Ländern wird damit massiv eingeschränkt. Staaten werden faktisch erpressbar, weil Unternehmen und reiche Steuerzahler*innen bei drohenden Steuererhöhungen oder Stärkungen der Arbeiter*innenrechte jederzeit mit ihrem Wegzug drohen können. Genau dieses Schreckensszenario wird von der Rechten auch in der Schweiz immer wieder heraufbeschworen. Doch je mehr wir der Logik des Steuerwettbewerbs nachgeben, desto schwieriger wird es, sich daraus zu befreien. Der schädliche Steuerwettbewerb verstärkt seinen Würgegriff um die Demokratie zusehends, weil er die Konzentration des Kapitals mit horrender Geschwindigkeit antreibt, was Staaten wiederum noch anfälliger macht auf Erpressungsversuche der Konzerne oder des reichsten Prozentes.

Ausweglos ist die Situation heute nicht, doch aus der herrschenden Negativspirale können wir nur ausbrechen, wenn wir die selbst auferlegten Gebote des Wettbewerbs und einer demokratiefreien Wirtschaft endlich über Bord werfen – und zwar weltweit.

Ein Franken – eine Stimme

Die herrschende Konzentration des Reichtums hat auch weitere Folgen für das Funktionieren unserer Demokratie. So ist der Einfluss der Reichsten auch bei Abstimmungskampagnen und Wahlkämpfen offensichtlich. Da die Schweiz zum Entstehungszeitpunkt dieses Artikels noch praktisch keine Regelungen zu Transparenz in der Politikfinanzierung kennt, ist es schwierig, diesen klar zu quantifizieren, doch wer die Abstimmungskampagnen der mächtigen hiesigen Wirtschaftsverbände betrachtet, kann erahnen, dass dabei jährlich Millionenbeträge fließen.

Ähnlich sieht es auch bei Wahlkampagnen aus: Bei einer freiwilligen Umfrage des Radio Télévision Suisse (RTS) zu den National- und Ständeratswahlen 2019 bezifferten Schweizer Parteien ihre Wahlkampfbudgets mit insgesamt 25 Millionen Franken.⁵ Die tatsächliche Zahl dürfte allerdings um einiges höher liegen, da die Angaben auf Selbstdeklaration beruhten und sich insbesondere rechte Kantonalparteien oftmals weigerten, ihre Ausgaben überhaupt offenzulegen. Die Politolog*innen Cloé Jans und Claude Longchamp stellen in ihrer Studie die These auf, dass die Höhe des Betrags, welchen Parteien in Wahlkämpfe investieren, vor allem entscheidend ist für die Fähigkeit, Parteibindungen zu stärken und den Wechsel von ursprünglichen Wahlabsichten zu verhindern.⁶

Neben der Einflussnahme von Grossspender*innen auf Parteistärken im Parlament und Abstimmungskampagnen haben finanzielle Mittel auch einen grossen Einfluss auf die konkreten Wahlchancen von einzelnen Kandidat*innen: Wer bei der FDP Zürich auf einem der erfolgversprechendsten vorderen Listenplätze für die Nationalratswahlen 2011 kandidieren

wollte, musste dafür satte 40'000 Franken in die Parteikasse einzahlen.⁷ Im Hinblick auf diese finanzielle Hürde erstaunt es kaum, dass insbesondere bei rechten Parteien zahlreiche Spitzenverdiener*innen im Parlament sitzen und dort folglich auch die Interessen ihrer Klasse vertreten.

Auch GLP-Präsident und Nationalrat Jürg Grossen quantifizierte den Einfluss des Geldes erstaunlich offen und spezifisch: »Der Kanton Bern hat eine Million Einwohner: Da sind 50'000 Franken in etwa das Preisschild für einen Sitz im Parlament.«⁸ Wer ins Parlament gewählt werden möchte, muss in vielen Fällen also entweder selber reich sein oder massive Spendeneinnahmen generieren, die nicht selten ebenfalls von gutbetuchten Menschen mit politischen Eigeninteressen stammen.

Auch der European Social Survey belegt einen klaren Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Hintergrund und verschiedenen politischen Partizipationsformen. Bei allen abgefragten Beteiligungsformen steigt die Partizipationsneigung mit steigendem Einkommen.⁹ Überraschend ist dies nicht, so ist politisches Engagement oft mit einem beträchtlichen finanziellen und grossen zeitlichen Aufwand verbunden, den sich schlicht nicht alle leisten können. Am geringsten ist der Unterschied im Partizipationsgrad denn auch bei Demonstrationen und Wahlen, die relativ einfach zugänglich sind.

Trotzdem konnten zahlreiche Studien auch hier einen signifikanten Zusammenhang zwischen Beteiligung und sozialer Ungleichheit feststellen: Je höher die soziale Ungleichheit in einem Land, desto tiefer die Wahlbeteiligung. Die möglichen Gründe dafür sind vielfältig: Soziale Ungleichheit senkt das Vertrauen in Mitmenschen und dadurch auch die Bereitschaft für politisches Engagement.¹⁰ Nach der Theorie relativer Machtdifferenzen sorgt soziale Ungleichheit zudem dafür, dass alle gesellschaftlichen Gruppen ihr Engagement reduzieren, da die Menschen ihren persönlichen Einfluss auf politische Entwicklungen als geringer einschätzen.¹¹ Hohe Ungleichheit senkt die Wahlbeteiligung trotzdem nicht gleichermassen bei allen Einkommensklassen: Grösseres sozioökonomisches Kapital (z. B. Bildung und Einkommen) führt nachweislich zu

höherer politischen Beteiligung, auch bei Wahlen.¹² Eine niedrige Wahlbeteiligung ist also immer auch eine sozial ungleiche Wahlbeteiligung.

Soziale Ungleichheit schränkt die Demokratie klar ein. Unglücklicherweise kann das Gegenteil nicht behauptet werden. Demokratien sind nicht automatisch gleicher als Diktaturen. Auch das stellt grosse Fragen im Hinblick auf die reale Mitbestimmung der 99% und legt die These nahe, dass die relevanten politischen Entscheidungen auch heute von einer kleinen, reichen Minderheit geprägt werden. Anders als in feudalen Zeiten wird deren Stellung aber von angeblicher Leistungsgerechtigkeit legitimiert. Zumindest für das vermeintliche Land der unbegrenzten Möglichkeiten, die USA, scheint sich diese These zu bewahrheiten: Während der Anteil von Befürworter*innen mit Medianeinkommen praktisch keinen Einfluss darauf hat, ob eine politische Forderung umgesetzt wird, hat die Präferenz einer Person, die mehr verdient als 90% der Menschen, einen massiven Einfluss auf die tatsächliche Umsetzung einer Forderung.¹³

Diese Resultate können selbstverständlich nicht eins zu eins auf die Schweiz übertragen werden, trotzdem zeigen sie auf, dass die liberale Demokratie ihren Versprechen der Mitbestimmung und Gleichstellung heute noch lange nicht gerecht wird. Die fehlende Mitbestimmung in der Wirtschaft diffundiert heute zusehends in formal demokratische Sphären und sorgt dafür, dass sich Subalterne aus der Demokratie zurückziehen und reale Gestaltungsmöglichkeiten für die 99% noch mehr verengt werden.

Keine Demokratie ohne Rückverteilung

Die Konzentration des Reichtums ist heute sowol Ursache als auch Folge zahlreicher Dysfunktionalitäten in unserer Demokratie. Wir haben gesehen, wie das reichste Prozent die Demokratie durch Erpressungen im Rahmen des Steuerwettbewerbs und Einflussnahmen auf Wahlen und Abstimmungen massiv einschränkt. Ihre schier endlosen finanziellen Ressourcen ma-

chen es möglich und wachsen in der Folge immer weiter an. Um diesen toxischen Zyklus zu durchbrechen, müssen wir die soziale Ungleichheit entschieden senken und den Wohlstand an jene Menschen zurück verteilen, die dafür gearbeitet haben.

Genau hier setzt die 99%-Initiative an. Die Initiative verlangt eine höhere Besteuerung der Kapitaleinkommen des reichsten Prozentes und eine Rückverteilung an die tiefen und mittleren Einkommen durch Steuersenkungen oder Investitionen in den Service public.

Mit ihrem Fokus auf Kapitaleinkommen greift die Initiative den Kapitalismus in seinem Kern an. Sie zielt präzise auf den Mechanismus, der für die automatische Vermehrung des Reichtums sorgt: Kapitaleinkommen, welche statt Leistung bereits vorhandenen Reichtum belohnen.

Die 99%-Initiative verlangsamt den Motor, der die Ungleichheit antreibt, aber sie bringt ihn nicht zum Stillstand. Dazu brauchen wir eine weitere Besteuerung der Reichsten durch Erbschafts-, Vermögens- und Unternehmenssteuern. Einerseits, um die Macht der Reichsten einzuschränken, andererseits, um die finanziellen Mittel der öffentlichen Hand zu erhöhen und Ressourcen damit direkt in die Sphäre der demokratischen Kontrolle zu tragen. Eine höhere Besteuerung der Reichsten bedeutet immer auch eine Einschränkung des Privateigentums an Produktionsmitteln und eine Stärkung des kollektiven Eigentums von uns allen.

Der kollektive Charakter des Eigentums ist dabei von zentraler Bedeutung: Wir wollen mehr als eine gerechtere Verteilung des Geldes auf alle Menschen, sondern gemeinsame Entscheidungsfindungsprozesse. In der Privatwirtschaft hat jeder Franken eine Stimme, statt jeder Mensch. Dieses Grundprinzip bleibt auch bestehen, wenn die Franken gerechter verteilt sind und die Konsument*innenmacht ausgeglichener ist.

Zahlungsbereitschaft vermag die Bedürfnisse von Menschen zwar grob auszudrücken, doch ihre Aussagekraft bleibt verzerrt, solange soziale Ungleichheit besteht, oder wenn es um die Befriedigung von Grundbedürfnissen geht, deren Wert nicht mit Geld ausgedrückt werden kann. Menschliche Bedürf-

nisse können nicht ohne weiteres in direkte Zahlungsbereitschaft übersetzt werden. Ein gerechtes Steuersystem, das Rückverteilung schafft, ist die Basis einer radikal demokratischen Gesellschaft, aber noch nicht ihre Einlösung.

Die Vision der radikalen Demokratie

Für eine wirklich demokratische und freiheitliche Gesellschaft brauchen wir Strukturen der Mitbestimmung auf allen gesellschaftlichen Ebenen: in Betrieben, auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene.

Die direkte Mitbestimmung und Gewinnbeteiligung der Belegschaft in Betrieben ist ein wichtiges Element einer demokratischen Wirtschaftsordnung. Menschen müssen das Recht haben, ihre direkten Arbeitsbedingungen zu gestalten und mitzubestimmen, unter welchen Bedingungen produziert wird oder Leistungen erbracht werden. Ein konkreter Schritt in diese Richtung ist die Schaffung von Arbeiter*innenfonds in Unternehmen, in welche jährlich ein Teil des Unternehmensgewinns ausgeschüttet wird. Ziel ist es, dass die Belegschaft so nach und nach das Eigentum an ihrem Betrieb erhält und die Entscheidungsmacht schrittweise in ihre Hände übergeht. Eine weitere konkrete Unternehmensform, die den Mitbestimmungsrechten der Arbeiter*innen und direkt Betroffenen schon heute gerecht wird, sind genossenschaftliche Betriebe und Institutionen. Genossenschaften sind dabei geeignet, um diverse Aspekte des Zusammenlebens zu organisieren, dazu gehören unter anderem der Wohnbereich, die klassische Arbeit in Betrieben oder landwirtschaftliche Einrichtungen. Solche demokratischen Unternehmensformen müssen unbedingt gefördert werden.

Doch Mitbestimmung im Betrieb alleine reicht noch nicht aus. Von Gewinnbeteiligungen in Unternehmen profitieren in erster Linie Angestellte in Branchen mit hohen Profitraten. Bei personenbezogenen Dienstleistungen sind Rationalisierungen dagegen oft nur langsam möglich und die Profite, die an die Arbeiter*innen weitergegeben werden können sind geringer.

Dies gilt insbesondere für den frauendominierten Care-Sektor, der schon heute vor einer Zerreißprobe steht, weil die Preise für Leistungen für viele Menschen nicht bezahlbar sind, aber die Löhne trotzdem viel zu tief. Wirtschaftsdemokratische Bemühungen, die alleine auf Betriebe fokussieren, drohen damit die Lohnungleichheit zwischen typischen Männer- und Frauenberufen weiter zu verschärfen.

Erschwerend kommt dazu, dass auch demokratische Unternehmen nicht vor den Gesetzen der Konkurrenz verschont bleiben. Unser Ziel ist es nicht, die Verschlechterung von Arbeitsbedingungen, die heute von Kapitalist*innen forciert werden, durch eine Spirale der Selbstaubeutung der Arbeiter*innen zu ersetzen. Doch genau das droht, wenn Unternehmen demokratisiert werden, während der Konkurrenzzwang weiterspielt.

Um die Konkurrenzlogik auszuschalten, braucht es starke staatliche Rahmenbedingungen und Regulierungen der Wirtschaft, darunter fallen insbesondere Mindestlöhne und ausgebauten Arbeitsrechte. Damit verhindern wir, dass sich demokratische Unternehmen gegenseitig unterbieten bei der Festsetzung ihrer Löhne. Des Weiteren brauchen wir einen starken Service public, der die Abhängigkeit der Menschen von ihrem Arbeitsplatz verringert, indem er ihnen eine bedingungslose materielle Basis bietet, auf der sie sich möglichst frei entfalten können.

Der Service public muss aber nicht nur ein materielles Sicherheitssystem für die Menschen bieten, auch in anderen Bereichen lohnt sich eine öffentliche Bereitstellung. Darunter fallen insbesondere Leistungen, die positive Externalitäten mit sich bringen (z. B. Bildung und Gesundheitsinstitutionen) und Leistungen, bei denen hohe Fixkosten tiefen variablen Kosten gegenüberstehen. Damit sind Leistungen gemeint, bei denen die Kosten kaum ansteigen, wenn sie von mehr Personen konsumiert werden. Darunter fallen insbesondere Güter, bei deren Entwicklung ein hoher Forschungsaufwand anfällt, deren materielle Produktion aber vergleichsweise günstig ist, etwa bei Medikamenten. Weitere Kategorien, bei der sich staatliche Be-

reitstellung lohnt, sind digitale Dienstleistungen, die von unbegrenzt vielen Menschen gleichzeitig genutzt werden können und Infrastruktur, etwa im Verkehr.

Um festzulegen, welche Entscheidung auf welcher politischen Ebene anzusiedeln ist, muss abgewogen werden zwischen den Vor- und Nachteilen von zentraler und dezentraler Organisation. Dezentrale Organisation in Betrieben fördert die Entwicklung von kreativen neuen Arbeitsweisen und Produkten. Gleichzeitig bieten zentrale Organisationselemente Effizienzgewinne, weil Fixkosten nur einmal anfallen.

Wenn wir eine möglichst demokratische Wirtschaft wollen, ist aber die Dimension der Betroffenheit entscheidend. Denn wir wissen: In einer Demokratie müssen alle Menschen bei Entscheidungen, die sie betreffen, das Recht haben, mitzubestimmen. Auch hier braucht es eine sorgfältige Abwägung, denn die Frage nach der Betroffenheit lässt sich meistens nicht mit Ja oder Nein beantworten, sondern gleicht eher einem Spektrum. So sind die Angestellten eines grossen Rohstoffkonzerns wohl stärker von den Produktionsbedingungen in ihrem Betrieb betroffen als eine zufällige Passantin. Trotzdem muss auch die Passantin als Betroffene der Umweltzerstörung durch Rohstoffkonzerne anerkannt werden.

Um dieses Dilemma der Betroffenheit zumindest annäherungsweise zu lösen, braucht es eine möglichst grosse Vielfalt an Entscheidungsebenen in Betrieben und Interessengruppen, auf lokaler, staatlicher und internationaler Ebene.

Das alles zeigt klar auf: Das Projekt einer radikal demokratischen Gesellschaft ist ein umfassender Gegenentwurf zur heutigen Ordnung, für deren Erfüllung wir sämtliche Lebensbereiche umkrepeln müssen. Echte Demokratie braucht eine Arbeitszeitverkürzung, damit sich alle Menschen der politischen Arbeit und Partizipation widmen können. Sie braucht ein Bildungssystem, das eigenständiges und kritisches Denken fördert. Sie braucht einen Ausbau des Service public und von demokratischen Entscheidungsräumen.

Und sie braucht eine massive Rückverteilung des gesellschaftlichen Wohlstands, zugunsten der Menschen, die ihn je-

den Tag erarbeiten. Die 99%-Initiative ist ein erster Schritt zu einer postkapitalistischen, demokratischen Welt, aber sie darf nicht der letzte bleiben.

Endnoten

- 1 Lampart, D./Schüpbach K. (Juli 2020). SGB Dossier Verteilungsbericht 2020. Aufgerufen am: 26.1.2021, von: <https://vpod.ch/downloads/sgb/sgb-dossier-verteilungsbericht-2020.pdf>
- 2 Oxfam. (18.1.2016). An economy for the 1%: How privilege and power in the economy drive extreme inequality and how this can be stopped. Aufgerufen am: 26.1.2021, von: <https://oxfamilibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/592643/bp210-economy-one-percent-tax-havens-180116-en.pdf?sequence=47>
- 3 Spiegel Wirtschaft. (10.12.2020). Vermögen der US-Milliardäre wächst um eine Billion. Aufgerufen am: 26.1.2021, von: <https://www.spiegel.de/wirtschaft/vermoegen-der-us-milliardaere-waechst-um-eine-billion-a-5922757e-92b0-423b-b230-51ee4d309b3d>
- 4 Baumann H./Ringger B. (September 2012). Unternehmenssteuern: Schweiz raubt anderen Ländern jährlich CHF 29.2 bis 36.5 Milliarden Steuereinnahmen. Denknetz-Working paper. Aufgerufen am: 26.1.2021, von: <https://www.yumpu.com/de/document/read/11005632/working-paper-unternehmenssteuern-sept-12>
- 5 Schmidli, J./Tombez, T./Zehr, A. (3.9.2019). Wahlkampf-Finanzierung: So transparent sind die Parteien. Aufgerufen am: 26.1.2021, von: <https://www.srf.ch/news/schweiz/wahlen-2019/wahlen-2019-wahlkampf-finanzierung-so-transparent-sind-die-parteien>
- 6 Jans C./Longchamp C. Wie Geld im Wahlkampf wirkt. Aufgerufen am 26.1.2021, von: https://www.unibe.ch/e796/e800/e10902/e277579/e311598/files311622/up_165_s_18_longchamp_ger.pdf
- 7 Häne, S. (2010). 40'000 Franken für FDP-Listenplatz: Wer zu wenig Geld hat, erhält Hilfe. Aufgerufen am 2.4.2021, von: <https://www.tagesanzeiger.ch/zuerich/region/40-000-franken-fuer-fdplistenplatz-wer-zu-wenig-geld-hat-erhaelt-hilfe-/story/30387959>
- 8 Notter, F./Ruch, A. (23.6.2019). So viel Geld stecken Schweizer Politiker in den Wahlkampf. Aufgerufen am 26.1.2021, von: <https://www.srf.ch/news/schweiz/wahlen-2019/tiefer-griff-ins-portemonnaie-so-viel-geld-stecken-schweizer-politiker-in-den-wahlkampf>
- 9 Schäfer, A. (16.3.2010). Die Folgen sozialer Ungleichheit für die Demokratie in Westeuropa. Aufgerufen am 26.1.2021, von: <https://link.springer.com/article/10.1007/s12286-010-0075-9>
- 10 Brown, M./Uslaner, E. (2005). Inequality, trust, and civic engagement. American Politics Research
- 11 Dryzek, J./Goodin, R. (1980). Rational participation: The politics of relative power. British Journal of Political Science
- 12 Fiorina, M./Page, B./Schlozman, K./Verba, S. (2005). Inequalities of political voice. In Inequality and American democracy. What we know and what we need to learn, Hrsg. Lawrence R. Jacobs und Theda Skocpol, 19–87. New York: Russell Sage Foundation.
- 13 Gilens M./Page B. (2014). Testing Theories of American Politics: Elites, Interest Groups, and Average Citizens. Perspectives on Politics